

Ein Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge.

* Berlin, 16. Sept. (Telegr.) Im Landeshaus der Provinz Brandenburg ist heute nachmittag in einer Versammlung von Vertretern der deutschen Bundesstaaten ein Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge gegründet worden. Als Kommissar des Reichsamts des Innern wohnte Geh. Regierungsrat Klehmet der Besprechung bei. Landesdirektor v. Winterfeldt begrüßte die erschienenen Vertreter der Bundesstaaten und teilte mit, daß am 25. August d. J. im Landeshause eine außerordentliche Konferenz der preussischen Landesdirektoren getagt habe, in der die Einrichtung einer preussischen Geschäftsstelle für Kriegsbeschädigtenfürsorge einstimmig beschlossen worden sei. Es sei dabei auch zur Sprache gekommen, daß der sächsische Staatsminister, Graf v. Bismarck die Anregung gegeben habe, unter Heranziehung aller deutschen Bundesstaaten einen Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge zu gründen. Nachdem der preussische Staat als seine Vertreter in dieser Frage die Provinzen Westfalen, Pommern und Brandenburg bestellt und den Vorsitz der Provinz Brandenburg übertragen habe, sei diese Versammlung einberufen worden, um die dankenswerte Anregung zur Begründung eines Reichsausschusses zu verwirklichen. Der Landeshauptmann der Provinz Westfalen, v. Hammer Schmidt, sprach im Anschluß an diese Anregung über das einheitliche Zusammenarbeiten der einzelnen provinziellen und bundesstaatlichen Verbände. Ein besonderes Augenmerk sei der Aufklärung über die Kriegsbeschädigtenfürsorge durch die Tagespresse und der Befriedigung des Unterrichts- und Lebensbedürfnisses der Kriegsbeschädigten selbst durch eine gemeinsame Zeitschrift für das ganze Reich zu widmen. Der Redner empfahl außerdem, eine wissenschaftliche Fachzeitschrift für die gesamte Kriegsbeschädigtenfürsorge zu schaffen. Eine besonders reiche Arbeit werde dem Reichsausschuß auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verordnungen erwachsen. Der einstimmige Beschluß des Reichstages, eine Zentralstelle für die Kriegsbeschädigtenfürsorge von reichswegen zu gründen, sei von der Reichsregierung nicht durchgeführt worden, weil diese gegen die Zentralisierung durch das Reich selbst Bedenken erhoben habe. Das Bedürfnis, einen Mittelpunkt für die Kriegsbeschädigtenfürsorge ganz Deutschlands zu schaffen, sei aber vorhanden, und der natürliche Weg zur Befriedigung dieses Bedürfnisses sei ein engerer Zusammenschluß der in der Arbeit stehenden einzelstaatlichen Organisationen. Aus allen diesen Gründen empfahl der Redner die Gründung eines Reichsausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge, in dem jede bundesstaatliche Organisation eine Stimme haben solle. Die Versammlung beschloß darauf einstimmig die Gründung eines Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge (Hauptversammlung der einzelstaatlichen Organisationen) als anregende, beratende und begutachtende Stelle und trat als solcher zum erstenmal zusammen. Der Reichsausschuß wählte darauf zum Vorsitzenden den Landesdirektor der Provinz Brandenburg, v. Winterfeldt. Die Versammlung wählte ferner einen Reichsarbeitsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge, bestehend aus je zwei Vertretern der norddeutschen, mitteldeutschen und süddeutschen Staaten, und entsandte in diesen je einen Vertreter von Preußen, Mecklenburg, Sachsen, Hessen, Bayern und Württemberg. Dem Reichsarbeitsausschuß wurde weiter das Recht der Zuwahl verliehen, ebenso das Recht der Bildung von Sonderausschüssen aller Art. Er hat ferner die Befugnis, eine Reichsgeschäftsstelle einzurichten und die dafür erforderlichen Posten durch Umlagen auf die Kriegsbeschädigtenfürsorge-Verbände der angeschlossenen Bundesstaaten nach Maßgabe der Bevölkerungszahl zu verteilen. Der Arbeitsausschuß erhielt schließlich die Befugnis, eine Geschäftsordnung für sich selbst und eine solche für den Reichsausschuß (Hauptversammlung) zu beschließen. Im Namen des Reichsamts des Innern sprach Geheimer Regierungsrat Klehmet die Genehmigung der Reichsregierung über die einstimmig beschlossene Gründung des Reichsausschusses aus, welcher der wohlwollenden Unterstützung der Reichsregierung sicher sein könne.